

LÖWENHERZ

AUSGABE 2

KOMPAKT

JANUAR 2024

**DER BAYERISCHE WEG
DAS REGIERUNGSPROGRAMM
DER AfD-FRAKTION**

Seite 2

Für Bayern aus Leidenschaft

DAS WERDEN WIR TUN, WENN WIR REGIEREN!

Das alte Jahr endete mit einer Staatskrise, und das neue begann mit Demonstrationen, wie wir sie so noch nicht gesehen haben. Ein Hauch von 1989 weht durch unser Land. Die Ampel brachte keinen verfassungskonformen Haushalt zustande und greift den Bürgern hemmungslos in die Taschen, um ihre Milliardenlöcher zu stopfen. Dagegen regt sich der Widerstand des Mittelstandes und aller Leistungsträger. Anstatt aber die berechtigten Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen, reagiert die Bundesregierung mit Bürger-Beschimpfung und verunglimpft Landwirte und Handwerker als „Extremisten“.

Die einzige Partei, die auf der Seite der Bürger steht, ist die AfD. Deshalb hetzen die Kartellparteien in ihrer Angst vor den kommenden Wahlen immer

verzweifelter gegen uns und verbreiten Verschwörungserzählungen über angebliche „Geheimtreffen“.

„Geheim“ ist bei der AfD jedoch gar nichts. Wir haben Heimlichkeiten auch nicht nötig, weil wir überall – in den Parlamenten wie auf der Straße – das vertreten, was sich Millionen Menschen in Deutschland wünschen. Deshalb sind wir in aktuellen Umfragen jetzt auch in Bayern zweitstärkste Partei!

Einen „Geheimplan“ haben wir nicht ausgekugelt – wir sind ja nicht die CSU-Amigos, die Politik am liebsten in dämmerigen Hinterzimmern betreiben –, wohl aber haben wir einen „Geh-
hoam-Plan“ ausgearbeitet. Und zwar auf unserer Winterklausur

vom 16. bis 18. Januar: Dort formulierten wir unser Programm für einen Bayerischen Weg. In diesem Regierungsprogramm legen wir dar, was wir tun werden, wenn wir in Bayern die Verantwortung übernehmen. Dazu gehört selbstverständlich auch

die „Remigration“, d.h. die verfassungskonforme und humane Rückführung aller

Personen, die sich illegal in Bayern aufhalten, sowie islamistischer Gefährder und Straftäter. Wir werden durch Pushbacks an den Grenzen dafür sorgen, dass illegale Migranten bayerischen Boden gar nicht erst betreten.

Weiterhin werden wir die Verwaltungsapparate verschlanken, dafür aber Polizei und Justiz aufstocken. Viel Geld werden wir einsparen, indem

wir linksgrüne Prestige-Projekte abwickeln – mit den freiwerdenden Mitteln fördern wir Bayerns Infrastruktur und den sozialen Wohnungsbau. An den Schulen werden wir das Schwergewicht auf die MINT-Fächer sowie die deutsche Sprache legen; politische Indoktrination wird beendet. Wir stärken das Leistungsprinzip, indem wir Leistungsträger steuerlich massiv entlasten.

Durch einen intelligenten Energiemix unter Einschluss der Kernenergie sorgen wir für sicheren und bezahlbaren Strom. Wir machen Bayern wieder zu einem Hightech-Standort.

„Laptop und Lederhosen“ ist für uns kein Wahlkampf-Slogan wie für die CSU, sondern bringt die Verbindung von Tradition und Moderne auf den Punkt. Die AfD ist Bayerns Heimatpartei. ■

**Die AfD
ist Bayerns
Heimatpartei.**

Der Bayerische Weg REGIERUNGSPROGRAMM

DAS WIRD SICH ÄNDERN, WENN WIR VERANTWORTUNG FÜR BAYERN ÜBERNEHMEN!

1. GEH-HOAM-PLAN – REMIGRATIONSPLAN

- a) Die AfD steht für Remigration. Das bedeutet echter bayerischer Grenzschutz. Wir werden sogenannte „Pushbacks“ direkt an den Grenzen durchführen. Illegale Migranten und Personen ohne gültige Identitätsdokumente sind zurückzuweisen.
- b) Wir werden einen „Geh-hoam-Plan“ verfolgen: Eine AfD-geführte Staatsregierung setzt die konsequente Abschiebung aller illegal eingereisten Migranten um. Straftäter und islamistische Gefährder werden ausgewiesen.
- c) Wir werden als Freistaat Bayern den Bund für seine Flüchtlingspolitik verklagen. Rechtswidrige Vorgaben der Bundesregierung werden nicht mehr befolgt.

2. STARKER, ABER SCHLANKER FREISTAAT

- a) Wir werden den Verwaltungsapparat der Ministerien deutlich verschlanken. Mit den freiwerdenden Mitteln werden wir das Personal bei Polizei und Justiz aufstocken.
- b) Wir werden Bayerns Haushalt solide führen. Mit uns wird es keine verfassungswidrigen Haushaltstricks mehr geben.
- c) Wir werden den bayerischen Verfassungsschutz demokratisieren und damit von politischer Beeinflussung unabhängig machen: Seine Aufgabe ist es, tatsächlichen Extremisten zu schützen, nicht aber, die legitime Opposition zu bespitzeln.
- d) Extremistische Gruppierungen und linksgrüne Lobby-Vereine werden keine staatliche Förderung mehr erhalten.
- e) Wir werden die Verschwendung von Steuergeld als Straftatbestand bewerten.

3. INFRASTRUKTUROFFENSIVE LAND

- a) Wir fördern den ländlichen Raum mit einer Infrastrukturoffensive, insbesondere durch Ausbau und Erneuerung von Straßen, Schienen und Wegen.
- b) Die Mobilfunknetzabdeckung stellen wir bayernweit innerhalb von 6 Monaten sicher.
- c) Wir werden das bayerische Klimaschutzgesetz streichen, um die Bürger vor einer CO₂-Abgabe zu schützen.
- d) Wir werden den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und die regionale Lebensmittelversorgung verbessern und sicherstellen.

4. TRAUTES HEIM, GLÜCK ALLEIN

- a) Remigration schafft Wohnraum.
- b) Wir werden den sozialen Wohnungsbau fördern und für Investoren attraktiv machen.
- c) Wir werden die staatliche Eigenheimförderung massiv erhöhen.
- d) Mit uns gibt es keine Heizungsverbote. Wir beenden den staatlichen Sanierungszwang.
- e) Bauen ist zu teuer. Wir werden die Bauvorschriften gründlich reformieren, entbürokratisieren und von linksgrünem Ballast befreien.
- f) Durch die Schaffung von Wohnraum sorgen wir auch für günstigere Mieten.

5. GESCHEITE BILDUNG FÜR DIE ZUKUNFT

- a) In den Lehrplänen wird der Fokus künftig auf die MINT-Fächer sowie die deutsche Sprache gelegt. Handwerkliche Fähigkeiten werden wir stärker fördern. Politische Indoktrination, etwa im Sinne der Gender- und der Klima-Ideologie, werden wir beenden.
- b) In den Schulklassen wird eine Differenzierung nach Sprachkenntnissen durchgeführt.
- c) Wir betrachten Leistungskultur und selbstständiges Denken als wesentliche Bildungsziele.
- d) Der Führerschein darf mit Start einer Ausbildung erworben werden. Wir bezahlen Azubis den kompletten Führerschein bei einem Notenschnitt von 2,5 oder besser, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

6. STEUERN RUNTER MACHT BAYERN MUNTER

- a) Wir sorgen für die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs. Bayern soll nicht mehr für die Verschwendungssucht anderer Bundesländer aufkommen müssen! Wir werden als Freistaat Bayern gegen das Steuerpaket der Ampel-Regierung klagen.
- b) Wir werden Zwangsgebühren für den Rundfunk abschaffen. Der Rundfunk hat seiner Aufgabe nachzukommen, die Bevölkerung zu informieren und nicht zu indoktrinieren.
- c) Wir werden die Erbschafts- und die Schenkungssteuer in Bayern abschaffen. Dadurch stärken wir den familiären Zusammenhalt und unterstützen den Mittelstand.
- d) Wir werden die Grunderwerbssteuer für

die erste selbstgenutzte Immobilie abschaffen.

7. SICHERE ENERGIE FÜR BAYERN!

- a) Wir werden für einen intelligenten, technologieoffenen Energiemix eintreten. Bayern braucht grundlastfähige, wirtschaftliche Energiequellen.
- b) Den einseitigen staatlichen Ausbau von unsicherem „Flatterstrom“ durch Wind- und Sonnenenergie werden wir beenden. Die Solardachpflicht schaffen wir ab.
- c) Wir werden den Bau von Solaranlagen auf fruchtbaren Böden und Windparks in Staatsforsten sowie Naturschutzgebieten unterbinden.
- d) Wir werden wieder in die Nutzung und Erforschung modernster und sicherer Kernreaktoren (etwa Dual-Fluid) einsteigen. Wir werden den Rückbau von Kernkraftwerken stoppen und neue Kernreaktoren bauen.
- e) Die Überwachung des Stromverbrauchs der Bürger lehnen wir ab. Mit uns wird es keinen Zwang zum Einbau von sogenannten „smarten Stromzählern“ geben.

8. GESUND UND FIT IN ALLEN LAGEN

- a) Wir werden die Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum vorantreiben und die flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gewährleisten.
- b) Wir werden die Produktion lebenswichtiger Medikamente in Bayern vorantreiben, um den Bedarf der Bürger im Krisenfall sicherzustellen.
- c) Die AfD schützt die Bürger vor Experimenten mit unzureichend erprobten Therapieformen (wie etwa bei Corona) aller Art.

9. BAYERISCHES BRAUCHTUM BEWAHREN UND FÖRDERN

- a) Die AfD ist Bayerns Heimatpartei. Wir werden die bayerische Brauchtumspflege nachhaltig stärken.
- b) Die Gesamtheit unserer Werte, Gesetze, Traditionen, historischen Überlieferungen und die Dialekte bilden die bayerische Leitkultur. Wir erwarten von Menschen, die in Bayern leben möchten, dass sie diese achten und wertschätzen. Wir fördern das Bekenntnis zur bayerischen Heimat, zu seinen Stämmen und zum deutschen Volk. ■

Enorme Kriminalität *durch illegale Migration*



©Ирина Батюк - stock.adobe.com

ZUWANDERER ATTACKIEREN DEUTSCHE VIERMAL SO OFT WIE UMGEKEHRT!

Silvester-Krawalle, Clan-Kriminalität, Gruppen-Vergewaltigungen und Messerstechereien: Die Massen-Einwanderung führt zu einem Verfall der inneren Sicherheit, wie das aktuelle Lagebild des Bundeskriminalamtes belegt: 2022 sind 47.923 Deutsche Opfer von Zuwanderern geworden! Das ist ein Anstieg von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Deutsche wurden viermal so oft von Migranten angegriffen wie umgekehrt. Mord- und Totschlagsdelikten von Zuwanderern fielen 258 Deutsche zum Opfer; 38 von ihnen starben.

Umgekehrt wurden 89 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war. Dabei kamen fünf Ausländer ums Leben.

Damit bewahrheiten sich die Warnungen der AfD: Von der Massen-Einwanderung geht eine enorme Gefahr für die körperliche Unversehrtheit der einheimischen Bürger aus. Wer sie fördert oder tatenlos hinnimmt, gefährdet Leib und Leben unserer Landsleute.

Dies gilt auch für das einstmals sichere Bayern, dessen Städ-

te zunehmend zu No-go-Areas werden. Dennoch weigert sich die Staatsregierung, die Zahlen auf den Tisch zu legen.

Die AfD-Fraktion akzeptiert diese Irreführung der Bürger jedoch nicht: Wir haben eine parlamentarische Anfrage an das Innenministerium gerichtet und werden für Klarheit sorgen! ■

Sicherheit der Frauen *in Bayern erodiert*

SEXUELLE GEWALT HAT SICH SEIT 2016 MEHR ALS VERDOPPELT!

Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung haben in Deutschland infolge Merkels illegaler Grenzöffnung enorm zugenommen.

Seit 2016 hat sich die Zahl der Fälle von knapp 50.000 auf rund 120.000 im Jahr 2022 mehr als verdoppelt!

Auch Bayern ist von diesem katastrophalen Verfall der öffentlichen Sicherheit betroffen: Allein 2022 gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik einen Anstieg um 17,2 Prozent. Lag die Gesamtzahl der Sexualverbrechen 2016 „nur“ bei 6.076

Fällen, so nahm sie zuletzt auf unfassbare 16.021 Fälle zu. Besonders erschütternd ist die Verbreitung von Kinderpornographie. Hier explodierte die Zahl sämtlicher erfasster Delikte in Bayern um 80,2 Prozent! Der Anteil von Ausländern an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen ist überproportional hoch: Er liegt bei 30,7 Prozent.

Die AfD-Fraktion hat im Bayerischen Landtag zahlreiche Anträge und Anfragen gestellt, um die Sicherheit unserer Bürger wieder herzustellen. ■



Die Mitglieder der AfD-Fraktion

Wir haben einen klaren Auftrag: Dem Land zu dienen und den Wunsch unserer Wähler nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Wir denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen.

An die Generationen vor uns, die unser Land aufgebaut haben, und an die Generationen nach uns, für die wir es schützen und bewahren. Danke, dass wir das für Sie tun dürfen!



katrin.ebner-steiner@afd-landtag.bayern

Katrin Ebner-Steiner
Deggendorf
Fraktionsvorsitzende



martin.boehm@afd-landtag.bayern

Martin Böhm
Coburg
1. Stellv. Fraktionsvorsitzender
Bundes- u. Europa-angelegenheiten



richard.graupner@afd-landtag.bayern

Richard Graupner
Schweinfurt
2. Stellv. Fraktionsvorsitzender
Kommunale Fragen/
Sicherheit/Sport



ingo.hahn@afd-landtag.bayern

Prof. Dr. Ingo Hahn
Bad Tölz-Wolfratshausen
3. Stellv. Fraktionsvorsitzender
Umwelt/Verbraucherschutz



christoph.maier@afd-landtag.bayern

Christoph Maier
Memmingen
Parl. Geschäftsführer
Verfassung/Recht/
Parlamentsfragen



markus.walbrunn@afd-landtag.bayern

Markus Walbrunn
München-Hadern
Stellv. Parl. Geschäftsführer
Bildung/Kultus



dieter.arnold@afd-landtag.bayern

Dieter Arnold
Regensburg-Land
Umwelt/Verbraucherschutz;
Bundes- u. Europaange-
legenheiten



oskar.atzinger@afd-landtag.bayern

Oskar Atzinger
Passau-West
Bildung/Kultus



joerg.baumann@afd-landtag.bayern

Jörg Baumann
Aschaffenburg-West
Kommunale Fragen/
Sicherheit/Sport; Fragen des
öffentlichen Dienstes



franz.bergmueller@afd-landtag.bayern

Franz Bergmüller
Rosenheim-West



rene.dierkes@afd-landtag.bayern

Rene Dierkes
München-Ramersdorf
Verfassung/Recht/
Parlamentsfragen



daniel.halemba@afd-landtag.bayern

Daniel Halemba
Haßberge, Rhön-Grabfeld
Eingaben/Beschwerden



martin.huber@afd-landtag.bayern

Martin Huber
Erding



andreas.jurca@afd-landtag.bayern

Andreas Jurca
Augsburg-Stadt-Ost
Staatshaushalt/
Finanzfragen



florian.koehler@afd-landtag.bayern

Florian Köhler Bamberg-Land

Wirtschaft/Energie/
Medien/Landesentwicklung



oskar.lipp@afd-landtag.bayern

Oskar Lipp Ingolstadt

Wirtschaft/Energie/Medien/
Landesentwicklung; Ernährung/
Landwirtschaft/Forsten



stefan.loew@afd-landtag.bayern

Stefan Löw Tirschenreuth

Kommunale Fragen/
Sicherheit/Sport



roland.magerl@afd-landtag.bayern

Roland Magerl Weiden

Gesundheit/Pflege



johannes.meier@afd-landtag.bayern

Johannes Meier Ansbach-Nord

Wirtschaft/Energie/
Medien/Landesentwicklung



ferdinand.mang@afd-landtag.bayern

Ferdinand Mang Roth

Wissenschaft/Kunst



gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Gerd Mannes Günzburg



harald.meussgeier@afd-landtag.bayern

Harald Meußgeier Kronach-Lichtenfels Ernährung/Landwirtschaft/ Forsten; Umwelt/Verbrau- cherschutz



johann.mueller@afd-landtag.bayern

Johann Müller Straubing

Staatshaushalt/
Finanzfragen



benjamin.nolte@afd-landtag.bayern

Benjamin Nolte Weilheim-Schongau

Wissenschaft/Kunst;
Wohnen/Bau/Verkehr



elena.roon@afd-landtag.bayern

Elena Roön Nürnberg-West

Arbeit/Soziales/
Jugend/Familie



franz.schmid@afd-landtag.bayern

Franz Schmid Neu-Ulm

Arbeit/Soziales/
Jugend/Familie



ulrich.singer@afd-landtag.bayern

Ulrich Singer Augsburg-Land, Dillingen

Wissenschaft/Kunst



ralf.stadler@afd-landtag.bayern

Ralf Stadler Passau-Ost

Ernährung/Landwirtschaft/
Forsten



ramona.storm@afd-landtag.bayern

Ramona Storm Mittenberg

Bildung/Kultus;
Öffentlicher Dienst



markus.striedl@afd-landtag.bayern

Markus Striedl Donau-Ries

Wohnen/Bau/Verkehr;
Eingaben/Beschwerden



matthias.vogler@afd-landtag.bayern

Matthias Vogler Nürnberg-Süd

Gesundheit/Pflege



andreas.winhart@afd-landtag.bayern

Andreas Winhart Rosenheim-Ost

Staatshaushalt/Finanzfragen;
Gesundheit/Pflege



Die Adressen und Kontakt-
möglichkeiten der Bürger-
büros unserer Landtagsab-
geordneten finden Sie auf
unserer Fraktionswebseite
unter:

www.afd-landtag.bayern/buergerbueros



Ampel-Staatskrise nach Haushalts-Verbot aus Karlsruhe

IST AUCH SÖDERS FINANZGEBAREN VERFASSUNGSWIDRIG?



Noch nie hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu einer derartigen Staatskrise geführt: Die Karlsruher Richter urteilten am 15. November vergangenen Jahres, dass die Bundesregierung Milliardensummen, die zur Bekämpfung der Corona-Krise gedacht waren, nicht für den „Klimaschutz“ zweckentfremden darf.

Die Änderung des Nachtrags Haushalts 2021 war damit verfassungswidrig. Es geht um einen als „Sondervermögen“ deklarierten Schuldenberg von 60 Milliarden Euro, den die Ampel in grüne Klima-Projekte stecken wollte. Auch Habecks sogenannter Wirtschaftsstabilisierungsfonds beruhte auf einer unzulässigen Kredit-Ver-

schiebung. Er umfasste sogar 200 Milliarden Euro!

Unter normalen Umständen wäre eine Regierung nach einem solchen Debakel zurückgetreten, doch weder Habeck noch Bundeskanzler Scholz zeigen ein Unrechtsbewusstsein. Stattdessen verteuern sie die Energiepreise für alle Bürger

und drangsalieren die Landwirte mit der Abschaffung der Agrardiesel-Begünstigung.

Aber auch das Triumphgeheul von CDU und CSU war scheinheilig, denn die Unionsparteien hatten selbst mitregiert, als Olaf Scholz – damals Merkels Finanzminister – den Katastrophen-Deal einfädelt. Vor allem die CSU hat keinen Grund, über das Ampel-Chaos zu jubeln, denn gemäß den Kriterien des Karlsruher Urteils ist der bayerische Haushalt für 2022 ebenfalls verfassungswidrig. Schließlich hatte die Söder-Regierung nach demselben Muster 1,9 Milliarden Euro aus dem Corona-Topf für ideologische Prestige-Projekte verplant.

Nur die AfD-Fraktion hat dieses Finanzgebaren im Landtag zur Sprache gebracht und vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof Klage eingereicht. Wir setzen Söders Verschwendungssucht Rechtstreue und Sparsamkeit entgegen! ■

Kein ökonomischer Nutzen durch „Fachkräfte“

ZUWANDERUNG KOSTET 5,8 BILLIARDEN EURO!

Immer noch predigen Kartellparteien-Politiker, wie dringend unsere Gesellschaft die Einwanderung sogenannter „Fachkräfte“ benötige. Der Finanzwissenschaftler Prof. Bernd Raffelhüschen hat diese Migrations-Propaganda jetzt widerlegt: „Migration ist ein Kostenfaktor“, stellte er in einer Studie für die Stiftung Marktwirtschaft klar. Selbst wenn die Migranten ähnlich

qualifiziert wären wie einheimische Bürger, würde sich ihre Zuwanderung negativ auf das Sozialsystem auswirken.

Realistischerweise muss man aber annehmen, dass weiterhin überwiegend Analphabeten oder Geringqualifizierte zu uns kommen, wenn die Politik der offenen Grenzen in Verbindung mit Pull-Fakto-

ren wie hohen Sozialleistungen beibehalten wird.

Wandern jährlich 300.000 Ausländer überwiegend aus islamischen und afrikanischen Staaten ein, wird die Nachhaltigkeitslücke bzw. das gesamtwirtschaftliche Loch bei 497 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Das sind 19,2 Billionen Euro! Würden wir keine Mi-

granten mehr ins Land lassen, läge sie „nur“ bei 13,4 Billionen. Die Einwanderung vergrößert das Loch also um 5,8 Billionen Euro!

Selbst bei einer Zuwanderung von 100.000 ausgebildeten Fachkräften pro Jahr läge die Nachhaltigkeitslücke bei 14,2 Billionen Euro. Zuwanderung ist also in jedem Fall ein ungeheures Minusgeschäft! ■

Links-grünes Propagandakollektiv tarnt sich als „Faktenchecker“

WER IST EIGENTLICH „CORRECTIV“?

Viele Mediennutzer werden den Namen zum ersten Mal gelesen haben, als er im Zusammenhang mit einem neuerlichen „Politikskandal“ durch die Presse geisterte. Das Recherche-Netzwerk Correctiv habe ein angebliches „Geheimtreffen“ in einer Villa bei Potsdam ausgekundschaftet, bei dem böse Leute richtig böse Pläne geschmiedet haben. Unternehmer seien dabei gewesen, Teilnehmer aus der AfD und der Werteunion, Neonazis gar, und die hätten über „Remigration“ gesprochen. Daraus wurde im Handumdrehen ein Plan zur „Massendeportation“ von Menschen fremder Herkunft, egal ob diese nun im Besitz eines deutschen Passes sind oder nicht. Nahezu die gesamte Medienlandschaft griff diese unsäglich Räuberpistole auf und reicherte sie mit Assoziationen an ganz dunkle Zeiten an.

Viel spannender ist allerdings die Frage, wer das alles losgetreten hat. Wer ist eigentlich „Correctiv“? Correctiv wurde im Juli 2014 gegründet und sieht sich als „gemeinwohlorientiertes Medienhaus, das Demokratie stärkt“. Die Arbeit sei nicht auf Profit ausgerichtet, und die Redakteure recherchierten „unabhängig“. Gründer und Leiter ist David Schraven, der berufliche Stationen bei der taz, der Süddeutschen Zeitung und zuletzt der WAZ-Mediengruppe hinter sich hat. Außerdem hat er den äußerst linkslastigen Blog „Ruhrbarone“ mit gegründet.

Wie er stammt ein Großteil der Redakteure aus dem Dunstkreis der bekanntesten linken und linksliberalen Medien der Republik. Die Zentrale ist in Essen, eine Filiale gibt es in Berlin.

Auf der Webseite der spendenfinanzierten Organisation werden immerhin 83 Mitarbeiter mit Foto und Namen aufgeführt. Das alles kostet Geld, und das kommt nicht allein von Kleinspendern, die den journalistischen Ansatz von Correctiv so toll finden. Die Anschubfinanzierung kam von der erst 2011 gegründeten Brost-Stiftung (Essen), die zwischen 2014 und 2016 mehr als drei Millionen Euro beigesteuert hat. Das Stiftungsvermögen stammt aus dem Erbe der Verlegerin Anneliese Brost, die mit ihrer WAZ-Gruppe die Presselandschaft des Ruhrgebiets dominiert hatte und gemeinsam mit ihrem Mann Zeit ihres Lebens eng mit der Sozialdemokratie verbunden war. Den Aufsichtsrat von Correctiv leitet Lukas Beckmann, der 20 Jahre lang Grünen-Geschäftsführer im Bundestag war.

Doch bleiben wir beim Geld. Neben den privaten Spendern gehört zu den größten institutionellen Förderern die Luminare Foundation des Ebay-Gründers Pierre Omidyar. Sie spendierte 2021 rund 414.000 Euro und 2022 bereits 636.000 Euro. Bis 2021 ließen sich jahrelang auch die Open Society Foundations des US-Spekulanten George Soros nicht lumpen und steuerten mittlere fünfstelligen Beträge bei.

Deutsche Stiftungen wie Schöpfungslin und Mercator sind ebenfalls mit im Boot. Seit 2017 betätigen sich Correctiv-Mitarbeiter als sogenannte Faktenprüfer für Facebook und versehen in diesem Rahmen Einträge mit „Warnhinweisen“. Dies jedoch nicht nur, wenn Inhalte nicht stimmen. Manchmal wird auch einfach nur denunziert, wogegen sich etwa 2020 das Magazin Tichys Einblick erfolgreich vor Gericht wehrte.

Diese Art von „unabhängigem“ Journalismus findet man auch innerhalb der Ampel unterstützenswert. So hat Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne) für das Projekt „Lo-

kaljournalismus qualifizieren, Demokratie stärken!“ mal eben knapp 200.000 Euro Steuergeld lockergemacht. Somit wird auch klar, weshalb immer wieder die AfD, rechte Medien und überhaupt alles, was nicht dem links-grünen Milieu zuzurechnen ist, ins Fadenkreuz von Correctiv gerät. Passenderweise hat sogleich eine andere „unabhängige“ Organisation die aktuelle Geschichte der Märchenerzähler aufgegriffen und daraus flugs das „Unwort des Jahres“ gezaubert: Remigration. Linke Propagandisten und Gesinnungsprüfer Hand in Hand mit linken Sprachpolizisten – welch eine Zierde für die Demokratie. ■

**«Unabhängige Faktenchecker»?
WER FINANZIERT
«CORRECTIV»?**

- 1 Die Brost-Stiftung stellte «Correctiv» mehr als drei Millionen Euro zur Verfügung.
- 2 Die Bundesregierung finanziert linke Lobby-Gruppen wie «Correctiv» im Rahmen von Programmen zur «Stärkung des Journalismus» mit 2,3 Millionen Euro jährlich.
- 3 Die Luminare Foundation von Ebay-Gründer Pierre Omidyar unterstützte «Correctiv» mit mehr als einer Million Euro.
- 4 Von Georges Soros' Open Society Foundations bekam «Correctiv» 429.000 Euro.
- 5 Das Netzwerk Mercator, das auch die grüne «Agora Energiewende» finanziert, überwies an «Correctiv» 500.000 Euro.

LANDTAG BAYERN AfD

Impressum

Löwenherz Kompakt
Januar 2024

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Maximilianeum – 81627 München

Telefon: 089 – 4126 2960
presse@afd-landtag.bayern
info@afd-landtag.bayern

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Fraktionsvorsitzende: Katrin Ebner-Steiner

Diese Publikation dient der Information und darf in einem
Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.



Es reicht! Die Ampel muss weg

KRÄFTIGE UNTERSTÜTZUNG DER AfD FÜR DIE BAUERNPROTESTE

„Ja, gnade dir Gott, du Ritterschaft! Der Bauer stund auf im Lande.“ So lautet die Zeile eines nunmehr gut 100 Jahre alten Liedes, in der die Zeit der Bauernkriege und Bauernaufstände besungen wird. Eine Zeit, in der der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig war. Heute sind wir von Bauernaufständen weit entfernt, obwohl Teile der linken Politik und der linken Medien das Gegenteil suggerieren wollen. Wohl aber hat sich Anfang 2024 die gerechte Wut unserer deutschen Landwirte in einer Aktionswoche Bahn gebrochen. Überall in der Republik rollten die Traktoren, landwirtschaftlichen Fahrzeuge und LKWs. Es gab Sternfahrten und Kundgebungen – von Kiel bis München. Spediteure, Handwerker und viele andere Bürger schlossen sich an.

Zuvor hatte die Ampel-Regierung versucht, den angekündigten Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die geplante Aufhebung der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge ist rasch wieder kassiert worden. Bleiben soll es

dagegen bei der Aufhebung der „Subventionen“ für den Agrardiesel. Diese bestehen in einer Teil-Rückerstattung der Energiesteuern, die nun nicht auf einmal, sondern über drei Jahre gestreckt wegfallen soll. Ein „Sterben auf Raten“ ist das für die Verbände der Bauern. Deshalb blieb es bei den Protesten, die am 8. Januar in ganz Deutschland begannen. Es gab natürlich Verkehrsbehinderungen durch die langen Trecks der Traktoren und die zeitweilige Blockade von Autobahnzufahrten. Auch in vielen Innenstädten ging über Stunden nichts mehr.

Dennoch hatte die Bevölkerung in der Regel viel Verständnis. Anders als bei den Klimaklebern geht es für die Bauern nicht um skurrile Weltuntergangsvisionen, sondern konkret ums Eingemachte. Denn was landläufig als Subvention gilt, ist in Wahrheit oft nur ein Ausgleich für Wettbewerbsverzerrungen. Gegenüber dem Magazin „Cicero“ brachte es ein Landwirt aus

Brandenburg auf den Punkt: „Immer mehr Agrarprodukte werden aus Ländern importiert, in denen Düngeverordnung, Glyphosat-Verbot und Tierwohl Fremdwörter sind.“ Mit all dem müsse die deutsche Landwirtschaft alltäglich konkurrieren.

Die AfD hat sich von Beginn an mit den Protesten solidarisiert.

Tatsache ist, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sinkt, und zugleich verstärkt sich der Trend zu Großbetrieben. Tatsache ist auch, dass die Bauern immer mehr Zeit für die Bewältigung einer ausufernden Bürokratie aufwenden müssen. Und das bei im Schnitt 48,25 Stunden Wochenarbeitszeit und Einkünften, die 25 Prozent unter dem Durchschnittsverdienst liegen.

Doch Fakten interessieren jene nicht, welche die Landwirte als gierig und als Subventionsabzocker verhöhnen. Und schlimmer noch: als potentielle Umstürzler und Extremisten. Nachdem in Schlüttsiel (Schleswig-Holstein) eine aufgebrachte Menschenmenge Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) den

Weg von einer Fähre versperrt hatte, verbreitete sich diese Erzählung in Windeseile. In Wirklichkeit war auch dieser Protest weitgehend friedlich, laut Polizei gab es nur einige „Störer“. Was Habeck kurz darauf nicht hinderte, von „Extremisten“ und „Umsturzphantasien“ zu schwadronieren. Kundgebungsteilnehmer in Berlin berichteten davon, dass Interviews so geschnitten und Aussagen so verdreht wurden, dass das „gewünschte“ Bild entstand. Bundesdeutsche Medien, wie man sie kennt.

Die AfD hat sich von Beginn an mit den Protesten solidarisiert. Viele unserer bayerischen Mitglieder und Abgeordneten waren bei klirrender Kälte auf den Straßen, um den bedrängten Landwirten zur Seite zu stehen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. In einem eigens produzierten Flugblatt haben wir darauf hingewiesen, dass die Folgen der ruinösen Ampel-Politik uns alle angehen, nicht nur die Landwirtschaft. Denn für uns alle steigen die Belastungen, während die Milliarden Euro, die für sinnlose Ideologieprojekte im In- und Ausland verschleudert werden, unangetastet bleiben. CSU und Freie Wähler, die in Bayern versuchten, sich zu Wortführern der Proteste aufzuschwingen, hätten mit Blick auf ihre eigenen Haushaltstrickereien im Freistaat besser den Ball flachgehalten.

Die bayerische AfD-Fraktion steht dagegen fest an der Seite der Landwirte und hat dies auch auf einer eigenen Kundgebung in München am 8. Januar unter Beweis gestellt. Auf dem Max-Joseph-Platz sprachen die Landtagsabgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Franz Schmid, Rene Dierkes und Martin Huber sowie Stephan Protschka, der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, zu interessierten Mitbürgern. Und wir werden nicht ruhen, bis unser Motto „Es reicht! Die Ampel muss weg“ wahr geworden ist. Deutschland hat eine bessere Politik verdient – und Bayern sowieso. ■